

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/47069/1655187/lausitzer-rundschau-zu-mini-loehnen-fuer-mehr-als-zwei-millionen-beschaefigte> abgerufen werden.

LAUSITZER RUNDSCHAU

Lausitzer Rundschau: Zu Mini-Löhnen für mehr als zwei Millionen Beschäftigte

27.07.2010 - 21:42 Uhr, Lausitzer Rundschau

Cottbus (ots) - Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Das ist die Erkenntnis von mehr als zwei Millionen Menschen in Deutschland, wenn sie ihre monatliche Lohnabrechnung in den Händen halten. Sie alle verdienen weniger als sechs Euro pro Stunde - brutto, wohlgemerkt. Derart niedrige Einkünfte sind nicht nur sittenwidrig, sie werden für die Gesellschaft am Ende richtig teuer und wir alle zahlen kräftig mit. Wer nämlich nicht genug verdient, um von seinen Einkünften leben zu können, hat als Aufstocker Anspruch auf HartzIV. Auf Leistungen also, die aus Steuergeldern finanziert werden. Jüngsten Statistiken zufolge sind inzwischen rund eine Million Beschäftigte auf solche Zuschüsse angewiesen, obwohl sie bis zu 40Stunden in der Woche schuften. Und es sind eben längst nicht nur die Ungelernten, die derart schlecht bezahlt werden. Etwa 80Prozent der Niedriglöhner haben einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen zufolge eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. In ganz Westeuropa gibt es kein weiteres Land, das sich eine derartige Verschwendung von Wissen, Kompetenz und Fähigkeiten leistet. Dafür wird in Deutschland gern und laut über den Mangel an hochqualifizierten Fachkräften und einen Wettbewerb geklagt, der zunehmend über geringere Löhne ausgetragen wird. Kein Ausweg nirgends? Doch. Der Staat muss aufhören, Löhne über Steuern mitzufinanzieren und stattdessen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Eine solche flächendeckende Lohnuntergrenze würde die Kaufkraft von Geringverdienern spürbar stärken, den Wettbewerb vom Kopf wieder auf die Füße stellen, den Arbeits-Anreiz und das Selbstwertgefühl der Betroffenen erhöhen. Und auch der Staat würde profitieren: mehr Steuern, mehr Sozialabgaben, weniger HartzIV.

Pressekontakt:

Lausitzer Rundschau

Telefon: 0355/481232

Fax: 0355/481275

politik@lr-online.de

Originaltext:

Lausitzer Rundschau

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/47069/lausitzer-rundschau>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_47069.rss2